

Vierundzwanzig neue Polizeistationen in Klöstern in Labrang

Um die Überwachung und Kontrolle der tibetischen Klöster voranzutreiben, hat China in dieser Woche über zwanzig neue Polizeistationen in Klöstern im Bezirk Labrang der Provinz Gansu eingerichtet. In einem offiziellen Report wird diese Maßnahme als im Zusammenhang mit dem „besonderen Augenmerk auf die polizeiliche Überwachung der Klöster“ in der Region, in der es seit 2009 zu mehreren Selbstverbrennungen kam, stehend genannt.

International Campaign for Tibet erklärte, dieser Schritt sei Teil der Politik der chinesischen Regierung, „fast jedes Kloster in Tibet unter die unmittelbare Regierungsgewalt des Staates zu stellen, sowie der Verstärkung der Parteipräsenz in ländlichen und städtischen Gegenden Tibets“.

„Nach den Protestaktionen, die 2008 über Tibet hinwegfegten, hat die chinesische Regierung zur Strategie der Aufstockung der Parteipräsenz als Antwort auf die ‚Instabilität‘ gegriffen. Dies führte zu einer überall eingesetzten und systematischeren Handhabung der ‚patriotischen Erziehung‘, des ‚Managements‘ und der Sicherheitsmaßnahmen in den Klöstern sowie einer dramatischen Vermehrung der Arbeitsteams und Parteikader in den ländlichen wie den urbanen Gegenden Tibets“, heißt es in einem Report auf der Website von ICT.

ICT erklärt, die chinesische Regierung versuche, die Loyalität der Tibeter dem Dalai Lama gegenüber durch das Treuegefühl zu dem chinesischen Parteistaat zu ersetzen und damit die nationale Identität der Tibeter an der Wurzel zu packen und zu untergraben.

Als eine neue Maßnahme werden nun chinesische Regierungs- und Parteikader permanent in den Klöstern stationiert. Als er sich zu dieser Politik äußerte, sagte der kommunistische Parteisekretär der TAR Chen Quanguo im Februar 2012, daß die in den Klöstern anwesenden Kader aller Ränge sicherstellen sollten, daß Mönche und Nonnen „zu einer wichtigen Kraft werden in der Liebe zu ihrem Land, in der Liebe zu ihrer Religion, bei der Einhaltung der Regeln, bei der Gesetzestreue, der Wahrung der Stabilität und dem Aufbau der Harmonie“.

Chinesische Parteikader werden aufgefordert, einen freundlichen Umgang mit Mönchen und Nonnen zu pflegen, um Informationen über sie und ihre Familien zu sammeln, und sie gleichzeitig zu einer „patriotischen und progressiven“ Gesinnung zu führen.

Indessen haben die Tibeter bei der regionalen „Politischen Beratungskonferenz des chinesischen Volkes“, die im Januar in Xining, Provinz Qinghai, stattfand, Petitionen eingereicht, in denen sie die Regierung ersuchen, die Entsendung von Truppen in die Klöster zu stoppen.

China hat lange im Buddhismus ein Schlüsselement tibetischer Identität gesehen und in den monastischen Institutionen eine Brutstätte politischen Abwehrlertums.

Auf die weitverbreiteten größtenteils von Mönchen und Nonnen angeführten Unruhen gegen die chinesische Herrschaft 2008 hin hat die chinesische Regierung die Kampagne der „patriotischen Erziehung“ wieder aufgenommen und sie unter Erfassung fast jeden Bereichs der Gesellschaft und mit dem Hauptschwerpunkt auf den monastischen Institutionen intensiviert.

Im Rahmen dieser Kampagne werden die Mitarbeiter der „Arbeitsteams“ regelmäßig insbesondere in die Klöster entsandt, um die Mönche und Nonnen dahingehend zu „erziehen“, daß sie patriotisch gesinnt sind, der Nation und der Religion treu ergeben und daß sie sich den ‚spalterischen Kräften‘ widersetzen, wozu die Diffamierung des Dalai Lama gehört, des hochverehrten spirituellen Oberhauptes der Tibeter, den China einen „Spalter“ schimpft.

Unter heftigen Drohungen, die von der Ausweisung aus den Klöstern bis zur Inhaftierung reichen, werden die Mönche gezwungen, ihre Unterschrift oder ihren Fingerabdruck unter ein Schriftstück zu setzen, daß sie dem Dalai Lama die Gefolgschaft aufkündigen.

Immer wieder gab es in den letzten Jahren Berichte, daß Mönche nach solchen politischen Indoktrinierungen und angesichts der wachsenden religiösen Unterdrückung in den Klöstern sich das Leben nahmen